



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode, 1991-1992

17.09.1992 - Drucksache 13/335

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP**Energiepolitik im Lande Bremen**

Auf der Grundlage des Bremischen Energiegesetzes haben die Koalitionspartner Energiepolitik als einen Schwerpunkt zukunftsgerichteter Umweltpolitik festgelegt und eine Reihe konkreter Umsetzungsmaßnahmen vereinbart.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um sämtliche Verordnungen und Verfahrensweisen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen an die Ziele und Bestimmungen des Bremischen Energiegesetzes anzupassen?
2. Wann wird der Bürgerschaft (Landtag) der Entwurf des Landes-Energiestatistikgesetzes vorliegen?
3. Welche Schritte wurden bis jetzt unternommen, um die Besetzung des Vorstandes, die Unternehmensorganisation und die Investitionsplanung der Stadtwerke Bremen umfassend an dem Unternehmensziel „Umweltschutz“ auszurichten?
- 3.1 Welche Schritte haben Aufsichtsbehörde und Energieversorgungsunternehmen im Lande Bremen unternommen, um zu einer stärkeren Linearisierung der Strom- und Gasstarife zu kommen?
- 3.2 Ist zwischenzeitlich die Frage geprüft und wenn ja, mit welchem Ergebnis, ob eine Ausweisung der Spartenergebnisse und der Ergebnisse des Großkundengeschäftes (Sondervertragskunden) vorgenommen werden soll?
4. Welchen Stand haben die Fernwärme-Ausbauplanungen in Bremen und Bremerhaven?
 - 4.1 Die Ausweisung der Vorranggebiete gemäß § 14 BremEG sollte bis zum 30. September 1992 erfolgen. Wann ist mit der entsprechenden Veröffentlichung zu rechnen?
 - 4.2 Ist beabsichtigt, bezogen auf die Neubaugebiete Regelungsentwürfe für die Festlegung von Fernwärmevorranggebieten vorzulegen?
 - 4.3 Wie bewertet der Senat die Chancen, daß sich der Bund finanziell am Fernwärmeausbau im Lande Bremen beteiligt? Ist beabsichtigt, diese Frage in die Verhandlungen mit dem Bund und den Ländern über die Entwicklung eines Sanierungskonzeptes einzubringen?
5. Welche Finanzmittel stehen insgesamt für die Verwirklichung der energiepolitischen Ziele des BremEG in den Jahren 1992 und 1993 zur Verfügung?
 - 5.1 In welcher Weise ist gesichert, daß wirtschaftsnahe energietechnische Maßnahmen fondsübergreifend aus Mitteln des Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms (WAP) gefördert werden?
 - 5.2 Welche anderen Förderungsmöglichkeiten stehen zur Verfügung?
 - 5.3 Welche Mittel stehen für die energietechnische Sanierung der öffentlichen Liegenschaften in Bremen und Bremerhaven zur Verfügung?

6. Welche energietechnischen Förderangebote sollen im Rahmen des WAP entwickelt werden?
- 6.1 Welche sonstigen energietechnischen Förderprogramme zur Umsetzung des BremEG sind in Vorbereitung?
- 6.2 Wann erfolgt die Veröffentlichung der Förderrichtlinien?
7. Welcher Verhandlungsstand ist mit der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest erreicht, um noch einen zeitparallelen Bau des Wasserkraftwerks und der neuen Schleusenanlage sicherzustellen?
- 7.1 Wann rechnet der Senat mit der Vervollständigung der für das Planfeststellungsverfahren erforderlichen Unterlagen durch die Stadtwerke Bremen und das beauftragte Konsortium?
- 7.2 Für wann ist nach heutigen Erkenntnissen mit dem Baubeginn für das Wasserkraftwerk zu rechnen?
8. Welche Schritte wurden im Aufsichtsrat der Stadtwerke unternommen, um das bestehende Beratungsangebot der Stadtwerke um eine Vor-Ort-Energieberatung zu erweitern?
9. Welchen Vorbereitungsstand hat die für das Land Bremen geplante Energieagentur?
Sind Verhandlungen mit Niedersachsen aufgenommen worden?
10. In welcher Weise wurde die energiepolitische und energiewirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Gemeinden des niedersächsischen Umlandes intensiviert?
- 10.1 Welcher Verhandlungsstand wurde bezogen auf ein gemeinsames Vorgehen mit der niedersächsischen Landesregierung in der Frage Sicherheitslage des Unterweser-Atomkraftwerkes erreicht?
11. Welche Schritte wurden eingeleitet, daß von öffentlichen Unternehmen Energiebilanzen erstellt werden, um Einsparpotentiale und Verbrauch beispielhaft aufzuzeigen?
12. Ist die vom Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung eingerichtete Energieleitstelle personell und organisatorisch so eingerichtet, daß die Aufgaben entsprechend den politischen Beschlüssen und den Anforderungen des BremEG bewältigt werden können? Wenn nein, zu welchem Zeitpunkt ist mit der Herstellung der vollen Arbeitsfähigkeit der Energieleitstelle zu rechnen?

Christine Wischer, Dittbrenner und Fraktion der SPD

Mützelburg und Fraktion DIE GRÜNEN

Welke und Fraktion der FDP